

Gastkommentar

Klimapolitik auf Kurs?

Aktuell werden auf der Welt ca. 35 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr ausgestossen. Seit dem Jahr 2000 haben sich die Emissionen um 40 Prozent erhöht. Einer der Hauptgründe für diese Zunahme ist, dass CO₂-Emissionen keinen Preis haben. Rund 85 % der globalen Emissionen werden gratis in die Atmosphäre freigesetzt. Die Folgen davon sind Ineffizienzen, Übernutzungen und ein Marktversagen, das nirgends so klar zum Vorschein kommt wie im Umweltbereich. Erschwerend kommt hinzu, dass den Nutzen des Klimaschutzes erst die künftigen Generationen zu spüren bekommen, während die Kosten heute anfallen. Klimaschutz ist ein global zu lösendes Problem – ohne eine dafür zuständige globale Instanz.

Aus diesen Gründen ist die Welt bezüglich der Klimaziele auch nicht auf Kurs. Und Liechtenstein? Der liechtensteinische Landtag hat das Übereinkommen von Paris ratifiziert, in welchem das Ziel gesetzt wird, die globale Temperaturerhöhung auf 1,50 °C zu beschränken. Die Regierung hat einen Entwurf «Klimastrategie Liechtenstein 2050» zur öffentlichen Konsultation vorgelegt. Bis zum Jahr 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um 50 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden, davon 40 Prozent im Inland und 10 Prozent im Ausland. Bis 2050 muss Liechtenstein seine Treibhausgasemissionen auf Netto-Null reduzieren. Heute produziert Liechtenstein jährlich 200 000 Tonnen CO₂, was global absolut bedeutungslos ist. Dies zeigt der Vergleich mit einem Kohlekraftwerk mittlerer Grösse, das rund 10 Mio. Tonnen verursacht. Trotzdem wäre «nichts tun» die falsche Folgerung. Ein liberales Land muss Eigenverantwortung übernehmen, soll Vorbild und solidarisch mit der Welt sein. Um allerdings möglichst wenig Symbolpolitik zu betreiben, sollte dabei insbesondere auf die Effizienz geachtet werden.

Gerade weil der Klimaschutz ein grosses und dringliches Problem ist, sollte jeder eingesetzte Franken eine möglichst hohe Reduktion des CO₂-Ausstosses bewirken. Dabei muss man sich bewusst sein, dass Klimaschutz im Inland teuer ist. Im Ausland liegen die Grenzkosten einer Reduktion um ein Vielfaches tiefer. Diese unterschiedlichen Vermeidungskosten gilt es zu nutzen. Die Beschränkung auf 10 Prozent des Reduktionszieles im Ausland macht ökonomisch keinen Sinn und schränkt die Flexibilität unnötig ein. Die Vermeidung von CO₂-Emissionen im Ausland ist auch deshalb zu rechtfertigen, weil der CO₂-Fussabdruck von Liechtenstein im Ausland rund doppelt so hoch ist wie im Inland. Denn die meisten Treibhausgase, die durch den Konsum in Liechtenstein verursacht werden, fallen im Ausland an, sei es z. B. durch importierte Autos, Kleider, Rohstoffe usw.

Wirksamer Klimaschutz setzt die Mittel also dort ein, wo mit ihnen am meisten CO₂-Ausstoss reduziert werden kann. Aus gesinnungsethischen oder politischen Motiven kann man sich für ein «sowohl als auch», also eine Senkung der Emissionen im In- und Ausland, starkmachen. Die Beschränkung auf 10 Prozent ergibt aber so oder so keinen Sinn.



Peter Eisenhut
Ökonom und Präsident
der Stiftung Zukunft.li